



# Pressemappe

Landesverband Rheinland-Pfalz

(Stand 28. Juli 2008)

Ihr Ansprechpartner

**Angelo Veltens**

Piratenpartei Deutschland  
Landesverband Rheinland-Pfalz  
Postfach 20 12 51  
56012 Koblenz

0176 / 27 25 06 36

[presse@piraten-rlp.de](mailto:presse@piraten-rlp.de)

# Inhalt

1 Parteigeschichte.....	3
2 Parteiprogramm.....	4
2.1 Präambel.....	4
2.2 Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung.....	4
2.3 Keine Beschränkung der Kopierbarkeit.....	4
2.3.1 Freies Kopieren und freie Nutzung.....	5
2.4 Förderung der Kultur.....	5
2.4.1 Ausgleich zwischen Ansprüchen der Urheber und der Öffentlichkeit.....	5
2.4.2 Gleichstellung von Software.....	5
2.5 Privatsphäre und Datenschutz.....	5
2.5.1 Privatsphäre.....	6
2.5.2 Informationelle Selbstbestimmung.....	6
2.6 Patentwesen.....	6
2.6.1 Abbau privater Monopole und offene Märkte.....	6
2.6.2 Patente in der Informationsgesellschaft.....	7
2.7 Transparenz des Staatswesens.....	7
2.8 Open Access.....	7
2.8.1 Open Access in der Forschung.....	7
2.8.2 Open Access in der öffentlichen Verwaltung.....	8
2.9 Infrastrukturmonopole.....	8
2.9.1 Monopole.....	8
2.9.2 Das elektromagnetische Spektrum.....	8
2.10 Inhaltsfilterung.....	8
3 Fact Sheet.....	9
3.1 Landesverband Rheinland-Pfalz.....	9
3.2 Piratenpartei Deutschland.....	9
3.3 Piratenpartei Schweden.....	9
4 Pressespiegel.....	10
4.1 Print.....	10
4.2 TV.....	10
4.3 Radio.....	10
4.4 Internet.....	10
5 Pressemitteilungen.....	11
5.1 Gewaltenteilung ade? Das Ende der Demokratie.....	11
5.2 Beckstein will Trojaner für Verfassungsschutz.....	12



*Infostand in Trier*



# 1 Parteigeschichte

Am 1.1.2006 wird in Schweden unter der Führung von Rickard Falkvinge die Piratpartiet („Piratenpartei“) aus Protest gegen zunehmende staatliche und wirtschaftliche Überwachung gegründet. Hauptthemen der basisdemokratisch ausgerichteten Partei sind der freie Austausch von Wissen, eine Reformierung des Urheber- und Patentrechts sowie eine Verbesserung des Datenschutzes.

Die schwedische Piratenpartei erfährt bereits kurz nach ihrer Gründung regen Zulauf. Vor allem junge Menschen, die mit dem Internet aufgewachsen sind und der Regulierung des freien Zugangs zu Informationen kritisch gegenüber stehen, schließen sich der Partei an. Bereits Ende 2007 ist die Zahl ihrer Mitglieder auf 9000 angewachsen.

In einigen europäischen Ländern greift man die Ideen der schwedischen Piratenpartei auf. Zunächst gründet sich im Juli 2006 die Piratenpartei Österreich. Darauf folgt am 10. September 2006 in Berlin die Gründung der „Piratenpartei Deutschland“. Mitte 2008 sind Piratenparteien bereits weltweit in 18 Ländern aktiv, vereint in der Dachorganisation „PP International“. Für 2009 wird eine Kandidatur bei der Wahl des Europaparlaments sowie des Bundestags angestrebt.

In Deutschland nimmt die Piratenpartei im Januar 2008 an der Landtagswahl in Hessen teil. Hauptthema im Wahlkampf ist vor allem das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bundesbürger vor dem Hintergrund der zunehmenden staatlichen Überwachung. Die Piratenpartei bekam in Hessen 0,3% der Stimmen.



*Piratenpartei in Schweden*

## **2 Parteiprogramm**

Dies ist eine kurze Zusammenfassung des Parteiprogramms der Piratenpartei. Nähere Informationen zu den einzelnen Themen finden Sie im Internet unter

<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>

### **2.1 Präambel**

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Die Allgegenwärtigkeit von Digitalisierung und Vernetzung stellt bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen auf den Prüfstand.

Die Piratenpartei versteht sich daher als basisdemokratischer Teil einer weltweiten Bewegung, die für das gemeinsame Streben nach Wahrung der Privatsphäre und Freiheit für Wissen und Kultur eintritt.

### **2.2 Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung**

Die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich des Urheberrechts beschränken das Potential der aktuellen Entwicklung, da sie auf einem veralteten Verständnis von so genanntem "geistigem Eigentum" basieren, welches der angestrebten Wissens- oder Informationsgesellschaft entgegen steht.

### **2.3 Keine Beschränkung der Kopierbarkeit**

Systeme, welche auf einer technischen Ebene die Vervielfältigung von Werken be- oder verhindern ("Kopierschutz", "DRM", usw.), verknappen künstlich deren Verfügbarkeit, um aus einem freien Gut ein wirtschaftliches zu machen. Die Schaffung von künstlichem Mangel aus rein wirtschaftlichen Interessen erscheint uns unmoralisch, daher lehnen wir diese Verfahren ab.

Darüber hinaus behindern sie auf vielfältige Art und Weise die berechnete Nutzung von Werken, erschaffen eine vollkommen inakzeptable Kontrollierbarkeit und oft auch Überwachbarkeit der Nutzer und gefährden die Nutzung von Werken durch kommende Generationen, denen der Zugang zu den heutigen Abspielsystemen fehlen könnte.

#### **2.3.1 Freies Kopieren und freie Nutzung**

Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken als natürlich betrachtet werden sollte und



die Interessen der meisten Urheber nicht negativ tangiert. Es existiert eine Vielzahl von innovativen Geschäftskonzepten, welche die freie Verfügbarkeit bewusst zu ihrem Vorteil nutzen und Urheber unabhängiger von bestehenden Marktstrukturen machen können.

Daher fordern wir, das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von Werken nicht nur zu legalisieren, sondern explizit zu fördern, um die allgemeine Verfügbarkeit von Information, Wissen und Kultur zu verbessern.

## **2.4 Förderung der Kultur**

Wir sehen es als unsere Verantwortung, die Schaffung von Werken, insbesondere im Hinblick auf kulturelle Vielfalt, zu fördern. Positive Effekte der von uns geforderten Änderungen sollen im vollen Umfang genutzt werden können. Mögliche Nachteile für den kulturell Schaffenden müssen nach Möglichkeit abgemindert werden.

### **2.4.1 Ausgleich zwischen Ansprüchen der Urheber und der Öffentlichkeit**

Wir erkennen die Persönlichkeitsrechte der Urheber an ihrem Werk in vollem Umfang an. Die heutige Regelung der Verwertungsrechte wird einem fairen Ausgleich zwischen den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Urheber und dem öffentlichen Interesse an Zugang zu Wissen und Kultur jedoch nicht gerecht. Im Allgemeinen wird für die Schaffung eines Werkes in erheblichem Maße auf den öffentlichen Schatz an Schöpfungen zurückgegriffen. Die Rückführung von Werken in den öffentlichen Raum ist daher nicht nur berechtigt, sondern im Sinne der Nachhaltigkeit der menschlichen Schöpfungsfähigkeiten von essentieller Wichtigkeit.

### **2.4.2 Gleichstellung von Software**

Wir lehnen einen Sonderstatus von Software im Urheberrecht ab, sofern dieser nicht technisch bedingt ist (zum Beispiel zur Wahrung der Interoperabilität).

## **2.5 Privatsphäre und Datenschutz**

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen. Die moderne freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform wurde in der Vergangenheit auch unter Einsatz zahlloser Menschenleben erkämpft und verteidigt.

Die überwachte Gesellschaft entsteht allein dadurch, dass sie technisch möglich geworden ist und den Interessen von Wirtschaft und Staat gleichermaßen dient. Die Piratenpartei sagt dieser Überwachung insbesondere vor dem geschichtlichen Hintergrund Deutschlands im 19. Jahrhundert entschieden den Kampf an.



## **2.5.1 Privatsphäre**

Das Recht auf Wahrung der Privatsphäre ist ein unabdingbares Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Entfaltung sind ohne diese Voraussetzung nicht zu verwirklichen.

Systeme und Methoden, die der Staat gegen seine Bürger einsetzen kann, müssen der ständigen Bewertung und genauen Prüfung durch gewählte Mandatsträger unterliegen. Wenn die Regierung Bürger beobachtet, die nicht eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine fundamental inakzeptable Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre. Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden, das unserer Verfassung innewohnt.

## **2.5.2 Informationelle Selbstbestimmung**

Neue Methoden wie das Scoring machen es erforderlich, nicht nur die persönlichen Daten kontrollieren zu können, sondern auch die Nutzung aller Daten, die zu einem Urteil über eine Person herangezogen werden können. Jeder Bürger muss gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken einen durchsetzbaren und wirklich unentgeltlichen Anspruch auf Selbstauskunft und gegebenenfalls auf Korrektur, Sperrung oder Löschung der Daten haben.

Erhebung und Nutzung biometrischer Daten und Gentests in zentralen Datenbanken erfordern aufgrund des hohen Missbrauchspotentials eine besonders kritische Bewertung und Kontrolle von unabhängiger Stelle.

## **2.6 Patentwesen**

Patentregelungen entwickeln sich zunehmend vom Innovationsanreiz zum Innovationshemmnis. In den Bereichen von Genforschung und Biotechnologie und im Bereich der Softwareentwicklung stellen Patente eine große Gefahr dar. Grundsätzlich wollen wir einen freieren Markt ohne die hinderlichen Beschränkungen der derzeitigen Patentpraxis erreichen. Wir fordern daher eine Reformierung des Patentsystems.

### **2.6.1 Abbau privater Monopole und offene Märkte**

Zunehmender Abbau von Monopolen und eine Öffnung der Märkte sind erklärtes Ziel unserer Partei. Patente als staatlich garantierte privatwirtschaftliche Monopole wie zB. in der Pharmaindustrie stellen grundsätzlich eine künstliche Einschränkung der allgemeinen Wohlfahrt dar, die einer ständigen Rechtfertigung und Überprüfung bedarf.

Dem zunehmenden Missbrauch von Patenten wollen wir Einhalt gebieten. Patentierung von Trivialitäten oder sogar die Blockierung des Fortschritts durch Patente soll unter allen Umständen verhindert



werden.

## **2.6.2 Patente in der Informationsgesellschaft**

Wir lehnen Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software einhellig ab. Sie haben unzumutbare und unverantwortliche Konsequenzen, weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern, weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren und weil sie kein Erfindungspotential im ursprünglichen Sinne besitzen.

## **2.7 Transparenz des Staatswesens**

Die steigende Zahl verknüpfter Informationen werden zu Wissen, Wissen wiederum bedeutet Macht. Verengt sich also der Zugang zu Wissen auf einen kleinen Kreis von Nutznießern, so kommt es unweigerlich zu einer Ausbildung von Machtstrukturen, die wenige Personen, gesellschaftliche Organisationen oder staatliche Organe bevorzugt und so letztendlich den demokratischen Prozess einer freiheitlichen Gesellschaft gefährdet.

Die Transparenz der Arbeit von Verwaltung und Politik auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung ist ein fundamentales Bürgerrecht und muss zum Wohle der freiheitlichen Ordnung entsprechend garantiert, geschützt und durchgesetzt werden.

## **2.8 Open Access**

Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl von schöpferischen Tätigkeiten finanziert, die als Produkt urheberrechtlich geschützte Werke hervorbringen. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen. Tatsächlich ist dies heute selten der Fall.

### **2.8.1 Open Access in der Forschung**

Wir unterstützen die Berliner Erklärung der Open-Access-Bewegung und fordern die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit über das Internet nach dem Prinzip des Open Access. Wir sehen es als Aufgabe des Staates an, dieses Prinzip an den von ihm finanzierten und geförderten Einrichtungen durchzusetzen.

### **2.8.2 Open Access in der öffentlichen Verwaltung**

Wir fordern die Einbeziehung von Software und anderen digitalen Gütern, die mit öffentlichen Mitteln produziert wird, in das Open-Access-Konzept. Werke, die von oder im Auftrag von staatlichen Stellen erstellt wird, soll der Öffentlichkeit zur freien Verwendung zur



Verfügung gestellt werden. Der Quelltext von Software muss dabei Teil der Veröffentlichung sein.

## **2.9 Infrastrukturmonopole**

Freie Kommunikation ist die Grundlage jeder funktionierenden Demokratie, sie ist ein Grundrecht. Der freie Informationsfluss ist für eine freiheitliche Informationsgesellschaft von essentieller Bedeutung.

Die modernen Kommunikationsnetze halten durch den technischen Fortschritt in jeden Bereich der menschlichen Gesellschaft Einzug. Die Verständigung des neuen Jahrtausends ist geprägt von Telekommunikation, die unser Leben fast gänzlich durchdrungen hat. Als Werkzeug kann sie das Potential der Gesellschaft vervielfachen. Soziale Netze können mit ihrer Hilfe sowohl weitreichender als auch enghemischer gestaltet werden. Die Weiterentwicklung der Technik reduziert die Kommunikationskosten unentwegt.

### **2.9.1 Monopole**

Die Piratenpartei sieht sich zur Wahrung des technischen Fortschritts in der Verantwortung, die freie Konnektivität zu schützen und Dezentralisierung zu bewirken, insbesondere durch Förderung von nichtkommerziellen Projekten.

### **2.9.2 Das elektromagnetische Spektrum**

Das elektromagnetische Spektrum muss einer breiten, zivilen, demokratischen Nutzung zur Verfügung stehen. Die für alle gleich verfügbare Möglichkeit der breitbandigen Kommunikation, sowie die Summe des individuellen Nutzens müssen dabei anstatt des Geldes Entscheidungskriterium sein

## **2.10 Inhaltsfilterung**

Die Kontrolle der kommunizierten Information zerstört die Grundlagen einer funktionierenden Demokratie. Die Infrastruktur der Telekommunikation muss deshalb neutral gegenüber den transportierten Inhalten operieren. Jedwede Zensurbestrebungen sind zu verhindern. Die Freiheit der Kommunikation darf durch die Bundesrepublik Deutschland auch außerhalb ihres Territoriums nicht unterminiert werden: Zensurbestrebungen fremder Staaten dürfen in keiner Form unterstützt werden.



# 3 Fakten

## 3.1 Landesverband Rheinland-Pfalz

Gegründet: 07.06.2008

Mitglieder (Stand 06/08): 38

Vorsitzender: Angelo Veltens

Stellvertretende Vorsitzende: Kim-Sun Mo

Schatzmeister: Ansgar Veltens

Generalsekretär: Heiko Müller

Beisitzer: Dirk Ahrens



*Vorstand des Landesverbands  
Rheinland Pfalz. Von links: Angelo  
Veltens, Ansgar Veltens, Heiko Müller,  
Kim-Sun Mo, Dirk Ahrens*

### **Anschrift:**

Piratenpartei Deutschland  
Landesverband Rheinland-Pfalz  
Postfach 20 12 51  
56012 Koblenz

E-Mail: [presse@piraten-rlp.de](mailto:presse@piraten-rlp.de)

Web: <http://www.piraten-rlp.de>

## 3.2 Piratenpartei Deutschland

Gegründet: 10.09.2006

Mitglieder (Stand 05/08): 804

Vorsitzender: Dirk Hillbrecht

Stellvertretender Vorsitzender: Jens Seipenbusch

Schatzmeister: Sebastian Schäfer



Generalsekretär: Hauke Kruppa  
Politischer Geschäftsführer: Bernhard Schillo

**Anschrift:**

Piratenpartei Deutschland  
Postfach 02 46 69  
10128 Berlin

Fax: 036601 / 9451459

E-Mail: [geschaefsstelle@piratenpartei.de](mailto:geschaefsstelle@piratenpartei.de)

Web: <http://www.piratenpartei.de/>

### **3.3 Piratenpartei Schweden**

Gegründet: 01.01.2006

Mitglieder (Stand 06/08): 5500

Vorsitzender: Rickard Falkvinge

**Anschrift:**

Piratpartiet  
Post Box 307  
101 26 Stockholm

E-Mail: [info@piratpartiet.se](mailto:info@piratpartiet.se)

Web: <http://www.piratpartiet.se/>



*Rickard  
Falkvinge*



# 4 Pressespiegel

## 4.1 Print

**14.07.2008:** Die Rheinpfalz - „Piratenpartei“ will Datensammler bremsen

Über die Piratenpartei Rheinland-Pfalz. Mit Kommentar von Karin Dauscher.

**12.06.2008:** Rhein-Zeitung - Piraten enterten Deutsches Eck  
Über die Gründung der Piratenpartei Rheinland-Pfalz.

**23.02.2008:** Frankfurter Rundschau - Für einen gläsernen Staat  
Über die Piratenpartei bei den Wahlen in Hessen und Hamburg.

**26.01.2008:** Lift Februar 2008 - 02

Über die Piratenpartei in Baden-Württemberg, Bericht mit Foto, kurze Statements von BW-Vorsitzenden Sebastian Bauer, Bundes-Generalsekretär Bastian Grundmann und BW-Schatzmeister Stefan Urbat.

## 4.2 TV

**20.06.2007:** BR- Alpha

Im Dreiteiler "Der Mensch im Datennetz" auf BR-Alpha wird im dritten Teil über die Piratenpartei berichtet.

## 4.3 Radio

**23.03.2008:** Bayerischer Rundfunk

Interview mit Christian Engström (Piratenpartei Schweden)

## 4.4 Internet

**16.05.2008:** [www.main-rheiner.de](http://www.main-rheiner.de)

Passanten "observiert" Grüne Jugend und Piratenpartei protestieren

[http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel\\_id=3283034](http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3283034)

**11.04.2008** [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de)

Geistiges Eigentum und Abmahnungen

<http://www.sueddeutsche.de/computer/artikel/878/168392/>

**16.03.2008:** Heise online

Demonstration gegen Überwachungsgesetze in Köln

<http://www.heise.de/newsticker/Demonstration-gegen-Ueberwachungsgesetze--/meldung/105119>

**13.03.2008:** [www.shz.de](http://www.shz.de)

Verfassungsklage in Karlsruhe wird von Piratenpartei mitgetragen

<http://www.shz.de/artikel/article//der-klaeger-von-karlsruhe-ist-ein->

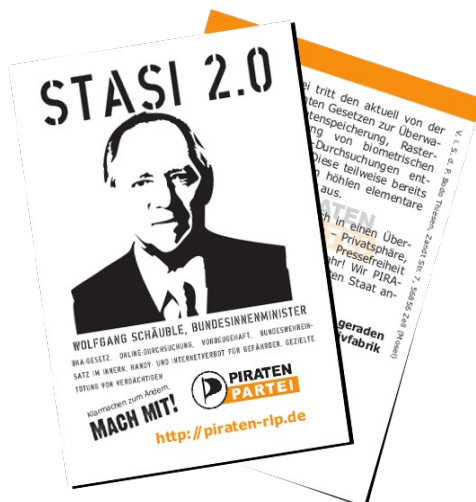


kieler-partei-pirat.html

10.01.2008 [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de)

Interview mit Thorsten Wirth, Vorsitzendem der PIRATEN Hessen

<http://www.sueddeutsche.de/computer/artikel/58/151677/>



*Aktueller Flyer*



# 5 Pressemitteilungen

## 5.1 Piratenpartei Rheinland-Pfalz: BKA-Gesetz verhindern! Petition unterzeichnen!

23.06.2008 - Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz ruft dazu auf, die aktuelle Bundestagspetition gegen das geplante BKA-Gesetz zu unterzeichnen und den Bundestag aufzufordern, die Vermischung von Geheimdienst und Polizei zu verhindern.

Das BKA-Gesetz, über dessen Novelle derzeit im Bundestag beraten wird, ist nach Ansicht der rheinland-pfälzischen PIRATEN eine massive Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat.

Angelo Veltens, Landesvorsitzender der PIRATEN Rheinland-Pfalz erläutert: "Mit dem neuen Gesetz versucht die Bundesregierung das BKA in eine zentrale Polizeibehörde mit geheimdienstlichen Befugnissen umzuwandeln. Die nach den Erfahrungen im dritten Reich mit der Gestapo eingeführte Trennung von Polizei und Geheimdienst wird dadurch untergraben. Präventive Ermittlungen ohne konkreten Tatverdacht soll das BKA in eigener Regie und ohne Kontrolle durchführen dürfen."

Neben der Online-Durchsuchung, mit der zukünftig auf Privatrechner zugegriffen werden soll, enthält die Novelle noch weiteren Zündstoff wie den Einsatz verdeckter Ermittler oder den großen Lauschangriff und die Videoüberwachung von Wohnungen Verdächtiger, aber auch von Wohnungen unbeteiligter Dritter.

"Ohne richterliche Befugnis soll das BKA hier also die Wohnungen Verdächtiger und Unbeteiligter tagelang ausspähen dürfen! Das erinnert an Stasi-Methoden, die wir gerade erst vor zwei Jahrzehnten abgeschafft haben!" so Veltens. "Aus diesem Grund rufen wir alle Bürger auf, die Bundestagspetition gegen die exekutiven Befugnisse für das BKA zu unterzeichnen und der Bundesregierung klarzumachen, dass ein solches System in unserem Rechtsstaat nicht erwünscht ist!"

Die Piratenpartei (PIRATEN) setzt sich für die Achtung der Bürgerrechte und einen verantwortungsvollen Umgang mit Technik in der digitalen Welt ein.



## **5.2 Piratenpartei entsetzt über schwedisches Überwachungsgesetz**

20.06.2008 - Die Piratenpartei verurteilt die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Schweden durch das neue Abhörsgesetz "Lex Orwell" scharf.

Der schwedische Reichstag billigte am späten Mittwochabend ein Gesetz zur umfassenden Überwachung des gesamten E-Mail-, SMS-, Internet-, Telefon- und Faxverkehrs mit dem Ausland. Dies ist ein schwerer Schlag für die Bürger und Bürgerinnen in Schweden, der bestehende Grund- und Menschenrechte außer Kraft setzt.

Rick Falkvinge, Vorsitzender der Piratenpartei in Schweden attestierte, dass die Macht zwischen dem Staat und seinen Bürgern an "diesem schwarzen Tag für die Demokratie" völlig aus dem Gleichgewicht gerate.

Ab dem 1. Januar 2009 hat der schwedische Staat die Befugnisse, die gesamte Kommunikation seiner Bürger mit dem Ausland abzuhören und bei verdächtigen Stichworten und einer Reihe anderer Kriterien genauer hinzuschauen. Das Gesetz geht damit sogar noch über das Überwachungsgesetz zur Vorratsdatenspeicherung hinaus, denn es wird nicht mehr nur protokolliert wer wann mit wem in Kontakt steht, sondern es können nun auch die Inhalte erfasst und ausgewertet werden. Rein technisch ist es beim Abhören des Internet nicht möglich, nur die grenzüberschreitenden Verbindungen zu erfassen, so dass de facto die gesamte elektronische Kommunikation innerhalb von Schweden und mit dem Ausland zukünftig betroffen ist. Das Ganze geschieht ohne richterliche Kontrolle.

"Dies ist ein eklatanter Eingriff in alle Grundrechte, die die Privatsphäre eines Bürgers vor dem Staat schützen", so Angelo Veltens, der Vorsitzende der Piratenpartei Rheinland-Pfalz. "Das Telekommunikationsgeheimnis ist in Schweden damit hinfällig - niemand weiß mehr, ob er beobachtet wird und ob seine Kommunikation noch vertraulich ist. Überwachung gefährdet nicht nur die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen, sondern auch die Demokratie in höchstem Maße!" so Veltens.

Die Piratenparteien in aller Welt fordern daher den Schutz der Bürgerrechte im digitalen Zeitalter. Der gläserne Mensch muss verhindert werden!

